
N i e d e r s c h r i f t

über die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt 2020 am 14.11.2019

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Adamek**, und der **Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen, Herr Weber**, begrüßen die Ausschussmitglieder, Beigeordnete und Gäste beider Ausschüsse. Sie stellen die form- und fristgerechte Ladung beide Ausschüsse fest, sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses mit 8 anwesenden Ausschussmitgliedern und des Finanzausschusses mit 8 anwesenden Ausschussmitgliedern.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 8/0/0
Finanzausschuss: 8/0/0

3 Einwohnerfragestunde

Herr Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, weist darauf hin, dass Filmaufnahmen des Gästebereiches, wo sich Mitarbeiter der Stadtverwaltung befinden, nicht erlaubt sind.

Bürger 1 stellt dem **Ausschuss für Finanzen** folgende Fragen:

Er möchte wissen, ob das Land, die Kommune oder der Betreiber, die Finanzierung der Sicherheitsmaßnahmen des diesjährigen Weihnachtsmarktes übernimmt? Zu dem fragt der Bürger an, ob die Kosten des zusätzlichen Einsatzes bekannt sind und wie diese im Verhältnis stehen.

Herr Adamek, stellv. Vorsitzender des Haupt-und Personalausschusses, sichert eine Prüfung seitens der Verwaltung und eine schriftliche Antwort zu.

Des Weiteren regt **der Bürger** an, dass den Bürgern verschiedene Optionen angeboten werden sollten um sich mit den Stadträten in Verbindung setzen zu können. Derzeit besteht lediglich die Möglichkeit, dass sich die Bürger innerhalb einer Sitzung mit ihren Problemen an den Stadtrat wenden können. Er sieht darin die Problematik, dass nicht alle Bürger die Zeit haben um zu einer Sitzung zu erscheinen oder nicht alle vor Ort reden können. In der aktuellen Hauptsatzung ist angegeben, dass der Bürger sich nur in der Sitzung persönlich an die Stadträte wenden darf. Des Weiteren ist in der Geschäftsordnung erwähnt, dass der Bürger die Möglichkeit besitzt, sich mündlich, schriftlich oder zur Niederschrift an den Stadtrat zu wenden. Er schlägt vor, dass bei der anstehenden Neufassung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung diese Aspekte Berücksichtigung finden.

Der **stellv. Vorsitzende des Haupt- und Personalausschuss, Herr Adamek**, bedankt sich für die Anregung.

Bürger 2, Herr Jelinek, ist ein Vertreter der Eigentümergemeinschaft eines Grundstücks aus der Ferdinand-von-Schill-Straße. Er legt dar, dass die Verwaltung berichtet hat, dass keinerlei überzogene Standards herangezogen wurden. Die Beschlussvorlage beinhaltet, dass die Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Fördermittel eine externe Prüfung über die Feststellung der Angemessenheit der Kosten ist. Herr Jelinek befindet es für fraglich, wieso das Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt diese Prüfung übernimmt und nicht die Landesstraßenbaubehörde, die fachlich geeigneter wären. Laut Information seitens der Verwaltung liegt noch kein Ergebnis der Prüfung vor und er möchte wissen wieso die Stadträte nicht vorher über das Ergebnis informiert werden.

Herr Säbel, Amtsleiter des Tiefbauamtes, informiert darüber, dass eine baufachliche Prüfung immer vom Fördermittelgeber gefordert wird. Das bestehende Fördermittelprogramm ist das Programm „Stadtumbau Ost“ und dadurch ist das Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt die zuständige Prüfbehörde. Dieses Prozedere entspricht der Vorgehensweise der Kavallerstraße.

Die zweite Anfrage von **Herrn Jelinek** bezieht sich auf die widersprüchliche Kommunikation der Basis der vorläufigen Beitragskalkulation für die Anlieger. Nach der Beschlussfassung in der Stadtratssitzung im Juni 2019 ist die Bürgerschaft davon ausgegangen, dass die dort zugrundeliegenden Kosten die Basis für die Beitragskalkulation seien. In der aktuellen Beschlussvorlage ist von einer Kostensteigerung von 3.033.000 € auf 3.411.000 € die Rede und gleichzeitig liegt eine Erhöhung der Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen von 1.061.500 € auf 1.290.000 € vor. Auf Nachfrage von Herrn Jelinek konnte das zuständige Fachamt keine Antwort geben. Er möchte wissen wie die Kostensteigerungen entstanden sind und wie sich die Kostenerhöhungen tatsächlich auf die Beitragssummen auswirken.

Herr Säbel erläutert, dass die Prüfung der baulichen und die damit abhängige kostenmäßige Prüfung, analog der Prüfung der Kavallerstraße entspricht. Zudem gibt es eine besondere höherwertige Befestigung, die auch so von der Prüfung bestätigt wurde. Bei der Ferdinand-von-Schill-Straße ist eine Vorortbegehung bereits durch den Prüfer erfolgt. Die Kostenberechnung, die auch dem Maßnahmebeschluss zugrunde liegt, stellt die Basis der Beitragserhebung dar. Im Juni war lediglich eine Kostenschätzung bekannt. Bereits im September hat das Tiefbaumamt eine neue Beschlussvorlage in den Ausschuss für Finanzen eingebracht, in der die aktuellen Zahlen benannt wurden. Herr Säbel erklärt, dass die Kostenerhöhung durch die Detailschärfe, d.h. der Vor- und Entwurfsplanung, geschuldet ist.

Herr Jelinek berichtet, dass eine Abwägung bereits erfolgt ist. Zudem wurde seitens der Verwaltung im Vorfeld kommuniziert, dass ausschließlich technische Detailfragen zur Führung des Kreisverkehrs vor der katholischen Kirche Beachtung finden werden und dass die Verwaltung für eine Abwägung verantwortlich ist. Er bittet darum, dass die Mitglieder des Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sich mehr mit dem Thema befassen und sich dafür einsetzen. Des Weiteren erwähnt er, dass es angedacht ist die Ferdinand-von-Schill-Straße für den Durchgangsverkehr sperren zu lassen und eine Anliegerstraße entstehen soll. Herr Jelinek möchte wissen welchen Sicherheitsgewinn ein Kreisverkehr gegenüber einer Ampelregelung erbringt. Denn der sichere Fahrweg für die Schüler wird nach dem Verlassen der Ferdinand-von-Schill-Straße und vor dem Erreichen der Teichstraße durch den fließenden Verkehr des Kreisverkehrs unterbrochen.

Herr Säbel bestätigt, dass an den Abwägungen täglich gearbeitet wird und einige Schreiben postalisch versandt wurden. Für eine Klärung der bautechnischen Fragen bietet er ein persönliches Gespräch an.

Der **Vorsitzende des Finanzausschuss, Herr Weber**, gibt bekannt, dass sich der Ausschuss für Finanzen in der Sitzung am 19.11.2019 mit diesem Maßnahmebeschluss auseinandersetzen wird. Herr Weber lädt Herrn Jelinek zu dieser Sitzung recht herzlich ein.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen hervorgebracht.

5 Beschlussfassungen

5.1 Haushaltssatzung 2020, Haushaltsplan 2020, Stellenplan 2020 Vorlage: BV/363/2019/II-20

Es besteht die Einigkeit darüber, dass die Tagesordnungspunkte 5.1. und 5.2. gemeinsam beraten werden. Erklärungen, Wortmeldungen und Festlegungen sind im Tagesordnungspunkt 5.2. protokolliert.

In dem Tagesordnungspunkt erscheint **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses erhöht sich auf 9 anwesende Ausschussmitglieder.

5.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2020 und Folgejahre **Vorlage: BV/364/2019/II-20**

In der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen werden die einzelnen Prüfaufträge vorgetragen. Die Übersicht aller Anträge aus den Fraktionen zum Haushaltsplan 2020 kann man den Sitzungsunterlagen vom 19.11.2019 entnehmen.

Die Anfragen und deren Beantwortung wurden protokolliert.

Es wurden folgende Anfragen und Anregungen zu den Prüfaufträgen und / oder Anträgen der **Fraktion CDU**, die von **Herrn Adamek** vorgetragen wurden, gestellt:

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, berichtet, dass nach einer Rücksprache mit der Tafel bekannt wurde, dass die geplanten Mittel für die Betriebskosten nicht ausgezahlt wurden. Sie möchte wissen warum dies nicht geschehen ist und unterstützt das Vorhaben zur Erhöhung der Mittel für Die Tafel.

Es wurden folgende Anfragen und Anregungen zu den Anträgen und / oder Prüfaufträgen der **Fraktion SPD**, die von **Herrn Eichelberg** vorgetragen wurden, gestellt:

Herr Kellner, Fraktion CDU, merkt zum Prüfauftrag „kostenfreies, gesundes Frühstück“ an, dass sich in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit den Trägern geeinigt wurde, dass die zur Verfügung gestellten Mittel auch für die grundlegende Ausstattung der Einrichtung verwendet werden darf. **Herr Adamek, Fraktion CDU**, ergänzt, dass sich darauf verständigt wurde, dass die Einrichtungen die Entscheidungsgewalt über das Budget besitzen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, wünscht sich eine genaue Definierung der Zielrichtung bezüglich des Prüfauftrages „Potenzial- und Machbarkeitsstudie des herzoglichen Mausoleums“. Des Weiteren bemängelt er die fehlende Untersetzung des Prüfauftrages „kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Kinder und Jugendliche“. **Herr Eichelberg, Fraktion SPD**, weist daraufhin, dass es sich um Prüfaufträge für die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau handelt.

Es werden keine Anfragen und Anregungen zu den Prüfaufträgen und / oder Anträgen der **Fraktionen Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, die von **Herrn Fackiner** und **Herrn Weber** vorgetragen wurden, und der **Fraktion AfD**, die von **Herrn Ratzmann** vorgetragen wurden, gestellt.

Es wurden folgende Anfragen und Anregungen zu den Anträgen und / oder Prüfaufträgen der **Fraktion Die Linke**, die von **Herrn Schönemann und Frau Ehlert** vorgetragen wurden, gestellt:

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bedauert es, dass die Anträge der Fraktion Die Linke nur an die Verwaltung weitergeleitet wurden und nicht an die anderen Fraktionen. Des Weiteren informiert er über den Inhalt einer Veranstaltung für die Ortsbürgermeister und Stadtbezirksvorsitzenden, die am 07.11.2019 stattgefunden hat.

Die **Fraktion CDU** sichert eine Unterstützung bezüglich der Anträge zum Anhaltischen Kunstverein zu.

Es wurden folgende Anfragen und Anregungen zu den Prüfaufträgen und / oder Anträgen der **Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die von **Herrn Otto** vorgetragen wurden, gestellt:

Nach dem Wissen von **Herrn Eichelberg, Fraktion SPD**, sollte die Machbarkeitsstudie zur Bundesgartenschau seitens der Verwaltung eingebracht werden. Er möchte wissen, ob diesbezüglich den aktuellen Stand erfahren.

Herr Adamek, stellv. Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, berichtet, dass es aktuell noch nicht im Haushalt enthalten ist und er bittet Herrn Otto, als Einbringer, ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu führen.

Es werden keine Anfragen und Anregungen zu den Anträgen und / oder Prüfaufträgen der **Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, die von **Herrn Dreibrodt** vorgetragen wurden, gestellt.

Nach den Vorstellungen der Fraktionsanträge werden noch weitere Mitteilungen hervorgebracht:

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, befindet es für sinnvoll, wenn für die Bereinigungssitzung, die hinreichend bestimmten Anträge aus den Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräten mit ausgereicht werden. Damit die Fraktionen diese zur Kenntnis erhalten.

Herr Kellner, Fraktion CDU, trägt zwei Prüfaufträge für die Ortschaft Mildensee vor.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, weist darauf hin, dass gem. § 84 der Kommunalverfassung Sachsen-Anhalts die Deckungsmöglichkeiten der Ortschaften benannt werden soll, aber diese nicht notwendig sind.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, informiert über die gestrige Ausschusssitzung für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Eine Thematik war die Personalbesetzung in den Bauämtern. Diese verursacht, dass

Probleme bei der Umsetzung des Investitionsvolumens vorliegen. Er erhofft sich, dass er in der Bereinigungssitzung eine Rückmeldung erhält, welche Möglichkeiten zur Sicherstellung des Abflusses der Investitionstätigkeiten existieren.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, berichtet über ein Schreiben von dem Verein „Von der Rolle e.V.“. In dem Schreiben geht es um die Schaffung eines Skaterparkes in der Stadt. Des Weiteren ist dieses Vorhaben bereits mit Entwürfen und Kostenschätzungen versehen. Sie möchte wissen, ob dieses Projekt der Stadtverwaltung bekannt ist und ob es unterstützungsfähig wäre.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erläutert, dass die Verwaltung einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegt hat, der bis 2023 ausgeglichen ist und der 60 Mio. Euro für Investitionen im Jahr 2020 vorsieht. In dieser Summe stecken mehrere Maßnahmen deren Förderungen in 2021 enden. Sie weist darauf hin, dass die Vorhaben dringend begonnen werden müssen, damit der Realisierungszeitraum ausreicht. Des Weiteren merkt sie an, dass die meisten heute gestellten Anträge als Prüfaufträge enden.

Herr Weber und **Herr Dreibrodt** kritisieren den Umgang mit den Haushaltsmitteln bezüglich der Freilenkung des Schloßplatzes 4/5.

Nach einer weiteren Diskussion werden die Tagesordnungspunkte 5.1. und 5.2. durch den **stellv. Haupt- und Personalausschussvorsitzenden, Herrn Adamek**, geschlossen.

5.3 Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Naturkundemuseums und des Museums für Stadtgeschichte **Vorlage: FV/022/2019/PDR**

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Frau Wirth, Amtsleiterin des Amtes für Stadtfinanzen, plädiert dafür, dass die Entscheidung über den kw-Vermerk zurückgestellt wird. Denn der Maßstab ist ein kommendes Konzept.

Herr Otto kritisiert die Entstehungsdauer des Konzeptes. Dadurch werden die verschiedenen Museen immer arbeitsunfähiger und unattraktiver für die Bürger, was zur Schließung führen kann. Im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport wurde ein Konzept beschlossen, welches von der Verwaltung nicht weiter vorgebracht wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtet über die besprochene Vorgehensweise im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport mit den konkreten Maßnahmen.

Herr Kuras, Stellvertreter für den Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur und Amtsleiter des Kulturamtes, erläutert, dass der kw-Vermerk aus einem Haushaltskonsolidierungskonzept resultiert ist. Die aktuelle Stelleninhaberin wird 2020/21 in den Ruhestand gehen. Die Museumspädagogik funktioniert mit entsprechenden Angeboten und den Dauerausstellungen. Diese Angebote nehmen jährlich 3.000 bis 6.000 Kinder und Jugendliche wahr, welche von den Wissenschaftlern begleitet werden.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, berichtigt die Aussage von Herrn Stadtrat Otto. Das Konzept wurde noch nicht im Stadtrat beschlossen. Auf Anraten der Stadträte wurde es noch nicht in eine Sitzung des Stadtrates gebracht, da ohne ein Gesamtkonzept keine Entscheidung getroffen werden sollte.

Nach dem aktuellen Wissensstand von **Herrn Adamek, Fraktion CDU**, sollte das Konzept in das entsprechende Dezernat zur Überarbeitung zurückgehen und nach der Fertigstellung wieder hervorgebracht werden.

Nach dem Tagesordnungspunkt stellt der stellv. Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses die Nichtöffentlichkeit her.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 9/0/0
Ausschuss für Finanzen: 6/0/2

7 Schließung der Sitzung

Der **stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Adamek**, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die gemeinsame Sondersitzung um 19:45 Uhr.

Dessau-Roßlau, 02.01.20

Hendrik Weber
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Fuchs
Schriftführerin